

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung der Bezirksvertretung Hohenlimburg vom 29.01.2026

Öffentlicher Teil

TOP 4.1. Mündlicher Sachstandsbericht der Feuerwehr zum Hochwasserschutz

Herr Funke stellt sich als Fachberater Hochwasser und Starkregen der Feuerwehr Hagen vor. Er gibt einen mündlichen Sachstand zum Thema Hochwasserschutz im gesamtstädtischen Kontext und nimmt Bezug auf das Hochwasserereignis 2021. Er erklärt, dass seit 2015, in Kooperation mit der Unteren Wasserbehörde und dem WBH, alle Einsätze gespiegelt werden. Derzeit wird das Ereignis aus 2021 nivelliert, um bestmögliche Effizienz für zukünftige Katastrophen zu schaffen. Die Stadt Hagen hat die Untere Wasserbehörde beauftragt, ein Hochwasserschutzkonzept zu erarbeiten. Herr Funke weist auf verschiedene geographische Probleme und da, im Vergleich zu anderen Städten und Landkreisen, komplexere Herausforderungen in Hagen existieren. Er nennt am Beispiel die vier Flüsse. Momentan findet eine Kontrolle und Vermessung statt und die neuen Erkenntnisse werden in das gesamtstädtische Konzept einfließen. Beispielhaft für Hohenlimburg ergänzt er, dass sich aktuell Frühwarnsysteme über Pegelstände in Bachläufen, mit Vernetzung zur Leitstelle, im Aufbau befinden. Außerdem findet derzeit, an mehreren Bachläufen, eine Aufmauerung der Einlaufgittern statt. Herr Funke informiert weiterhin, dass Bacheinläufe vergrößert wurden.

Er erläutert, dass die Erfahrungen, die neuen Erkenntnisse und die daraus abgeleiteten Maßnahmen für die Stadt von der Akademie Hochwasserschutz geprüft und bestätigt wurden. Da eine Vorab-Simulation von Extremereignissen nur schwer stattfinden kann, sei man auf die Fachperspektive angewiesen.

Im weiteren Verlauf seines Beitrags appelliert er an alle zur Eigenvorsorge, die angefangen von der Bürger- und Industrieberatung, über die Hochwasser App, bis hin zu Präventionsmaßnahmen sein kann. Er stellt klar, dass keine Stadt in Deutschland vor einem Starkregen sicher sei.

Er führt aus, dass jede verdichtete Fläche im Wald ein Problem darstellt. Es sei wünschenswert, dass die Verantwortlichen beim Bau von Windenergieanlagen den Hochwasserschutz und das Hochwasserrisiko nicht außeracht lassen. Herr Funke erläutert die Geschehnisse in der Obernahrmer im Winter 2023-2024.

Er kündigt einen Ortstermin mit Holz und Wald NRW, dem Fachbereich vorbeugende Gefahrenabwehr, der Unteren Wasserbehörde, dem WBH und den Fachberatern der Feuerwehr an, um gemeinsam über Hochwasserschutz (Abflusswege) zu diskutieren.

Herr Glod bedankt sich für den ausführlichen Beitrag.

Herr Krippner begrüßt die gute Zusammenarbeit. Er möchte wissen, ob es sinnvoll wäre, wenn die Kanalsinkkästen mehrfach im Jahr gereinigt werden. Des Weiteren schlägt er vor, dass im Herbst Sammelstellen für Laub eingerichtet werden.

Herr Lenke kann keine Auskunft über die Häufigkeit von Reinigungsterminen von Sinkkästen geben. Er betont aber, dass eine engmaschige Zusammenarbeit mit dem WBH bei der Gefahrenabwehr besteht. Er ergänzt, dass mittlerweile neuralgische Punkte dem WBH benannt und bearbeitet wurden.

Herr Glod informiert über den Mängelmelder.

Frau Kuschel-Eisermann möchte wissen, welche Maßnahmen seit dem Hochwasser in 2021 in Bezug auf den Holthäuser Bach getroffen wurden. Des Weiteren fragt sie nach, welche Möglichkeiten bestehen, um sich gegen steigendes Grundwasser zu schützen, da diesbezüglich kein Versicherungsschutz besteht.

Herr Funke erklärt, man Grundwasser ab einem gewissen Grundwasserspiegel nicht wegpumpen kann.

Herr Lenke ergänzt, dass das Grundwasser kein Problem von Tallagen sei. Wenn solche Extremereignisse wie in 2021 auftreten, dann können auch Höhenlagen betroffen sein, da sich die Massen des Oberflächenwassers in den Grundwasserspiegel drücken.

Herr Funke fügt zum Thema Verstopfung von Kanalsinkkästen hinzu, dass sobald erkennbar ist, dass es sich um Problemstandorte handelt, in Kooperation mit dem WBH umgehend mögliche Maßnahmen ergriffen werden. Er führt auf, dass z.B. in der Stadionstraße seitliche Einläufe ergänzt wurden, in der Haardtstraße sind bereits mehrere selbstreinigende Kanaldeckel installiert, die Kanalanzahl erhöht und Begrenzungsposten gesetzt, damit die Kanaldeckel nicht zugeparkt werden.

Frau Kuschel-Eisermann erkundigt sich zu den Maßnahmen in der Weißensteinstraße.

Herr Funke erklärt, dass große Kanaldeckel zur Bachseite eingesetzt wurden.

Herr Heinze bedankt sich und möchte wissen, ob die Höhenlagen von Nachrodt-Wiblingwerde in das Hochwasserschutzkonzept der Stadt Hagen eingearbeitet sind. Ferner möchte er den Verdichtungsfaktor wissen der bei der Berechnung von versiegelten und nicht versiegelten Flächen zugrunde gelegt wird.

Herr Funke erklärt, dass selbstverständlich ein Austausch mit den angrenzenden Kreisen stattfindet. Er informiert, dass die Feuerwehr in dem Bauantragsverfahren für Windräder in Bezug auf Versiegelung nicht involviert sei.

Herr Schmidt möchte wissen, ob die Feuerwehr im Genehmigungsverfahren hinzugezogen wird.

Herr Funke erklärt, dass die Feuerwehr lediglich brandschutztechnisch gehört wird, aber nicht hochwassertechnisch. Das Bauordnungsamt bearbeitet die Bauvoranfragen. Sollten Windenergieanlage in der Nähe von Gewässern gebaut werden, dann werde auch die Untere Wasserbehörde beteiligt.

Er erklärt, die Problematik der Haarwasserspuren bedingt durch Fällarbeiten, Holzrückarbeiten und ähnlichem. Denn über diese Spuren werde die Wasserführung abgeführt.

Herr Funke berichtet, dass man in Kooperation mit den Wirtschaftsbetrieben Lösungen sucht, um eine weitere Überflutung einzudämmen. Zum Beispiel seien Verwallungen in die Wege eingebaut worden, sodass das Wasser nicht frei in den Wesselbach fließen kann. Des Weiteren wurde Schutt abgefahren und man führe Kontrollfahrten durch.

Herr Glod möchte wissen, ob positive Vorbescheide für Windräder genehmigt wurden, ohne dass der Hochwasserschutz vorab abgeklärt wurde.

Herr Funke kann dazu keine Antwort geben.

Herr Heinze fragt nach, inwieweit bei einem Genehmigungsbescheid der Hochwasserschutz geprüft worden sei. Er erinnert daran, dass die Windenergieanlagen nach dem Starkregen erbaut wurden und ist der Meinung, dass sich dadurch die Problematik bei Starkregen erhöht hat. Ferner möchte er wissen, wer die Verantwortung für den Bau der Zuwegung trägt.

Herr Dr. Erpenbach sichert eine konkrete und dezidierte Antwort vom Umweltamt zu.

Herr Krippner stimmt Herrn Glod zu und ist an der Antwort interessiert. Ergänzend zu seiner vorangegangenen Frage weist er auf die ständige erhöhte Gefahrenlage an der Iserlohner Straße hin. Er erklärt, dass, wenn man bei Starkregen von der Iserlohner Straße links in Richtung Autobahn fährt, ständig vor der Brücke beidseitig mit Aquaplaning zu rechnen hat. Er bittet um Weiterleitung an den zuständigen Fachbereich.

Herr Bezirksbürgermeister Glod unterbricht die Sitzung und lässt den Petenten Herr B. über die Petition berichten.

Herr B. informiert, über die von ihm, Herrn M. und Herrn S. in Düsseldorfer Landtag eingereichte Petition zum vorbeugenden Hochwasserschutz. Am 02. Dezember 2025 hat es ein Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Wolfgang Jörg, Vertretern des RVR, einem Juristen sowie Dr. Fischer vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung in NRW gegeben. Herr B. ist der Meinung, dass mal final festhalten kann, dass es zwar fünfzig Gründe gibt, warum keine Windkraftanlagen im Wesselbachtal gebaut werden dürfen, der Hochwasserschutz bislang noch kein Ausschlusskriterium für den Bau dieser Anlagen sei. Man konnte allerdings die hohe Gefahrenlage verdeutlichen. In dem Zusammenhang musste der Vertreter vom Ministerium einräumen, dass es seitens des Hochwasserschutzes Handlungsbedarf besteht. **Er liest die Anlage 2 zur Niederschrift vor.**

Für ihn stellt sich die Frage, wer die Verantwortung trägt, wenn zum Beispiel das Seniorenheim nicht rechtzeitig evakuiert werden kann.

Er sieht auch eine Chance für die Stadt Hagen, Hochwasserschutz federführend zu forcieren. Des Weiteren informiert er, dass 10 Kilometer Waldwege und zusätzlich 4 x 10.000 m² Boden um die Windenergieanlagen aufgeschottert wurden.

Herr Glod bedankt sich und fragt nach, ob sich die Petition nur auf zukünftige oder auch auf den aktuellen Regionalplan bezieht.

Herr B. erklärt, dass die Petition nicht geschlossen sei, sondern unter dem Aspekt Gefahrenabwehr und Schutz der Bevölkerung weitergeht. In diesem Zusammenhang werde es Vorort Termine geben, an denen auch die Feuerwehr beteiligt wird.

Ferner hofft er, dass der Hochwasserschutz bei zukünftigen Genehmigungen und Bauvoranfragen berücksichtigt wird und dem zur Folge auch Anfragen für Genehmigungen abgelehnt werden können. Denn dann sei der Bauherr als Antragsteller klageführend und in der Beweispflicht.

Herr Krippner rät, dass auf Landesebene die Problematik vorgetragen werden muss, da man auf kommunaler Ebene nur geltendes Recht umsetzen kann. Er schlägt, dass die eine Resolution seitens der Bezirksvertretung Hohenlimburg für die nächste Sitzung im März vorbereitet wird.

Herr Koch möchte wissen, wie viele Schäden hätten vermieden werden können, wenn der Hochwasserschutz einbezogen worden wäre.

Frau Kuschel-Eisermann sieht die Einsatzforderung an den Oberbürgermeister, an die Verwaltung und die Vertreter im RVR ebenfalls als dringend notwendig an und schlägt vor, dass die Sitzung für eine Formulierung einer Resolution unterbrochen wird.

Herr Wiegmann stimmt Herrn Krippner zu, dass man darauf hinwirken muss, dass das bestehende Landesgesetz geändert werden muss.

Herr Lenke macht verdeutlich, dass jede Bautätigkeit im Wald zu einer Verdichtung von Böden führt. Er weist darauf hin, dass nicht nur durch den Bau von Windenergieanlagen, sondern jeglicher Bau von Zuwegung, Mobilfunkstationen, Rückbau, Borkenkäfer oder Holzurückarbeiten sich die Hochwassersituation verändert. Er informiert, dass die Landesgesetzgebung es aktuell nicht vorsieht, dass der örtliche Katastrophenschutz und die Feuerwehren beteiligt werden. Er unterstützt die Überlegungen.

Herr Schmidt schlägt vor, dass eine fundierte Resolution, die auf sämtliche Planierarbeiten im Wald eingeht, nach Düsseldorf gesendet wird. Er befürwortet, dass die Bürgerinitiative aus dem Wesselbachtal mit einbezogen wird.

Herr Glod stimmt zu.

Herr Krippner sieht die größten Erfolgsaussichten, wenn man als Bezirksvertretung neben der parteiübergreifenden Resolution auch parallel die Landtagsabgeordneten für das Thema sensibilisiert werden.

Herr B. bedankt sich für das endgengengebrachte Verständnis. Er würde es sehr begrüßen, wenn die Bezirksvertretung, der Rat und die Verwaltung die Petition ebenfalls unterstützen. Er macht noch einmal deutlich, dass das landesweite Problem Hochwasser, Starkregen und Gefahrenabwehr zum Schutz der Bürger im Mittelpunkt stehen muss.

Herr Glod leitet über zur Einwohnerfragestunde.